

Sicherheit von LSBTIQ+ in Heidelberg

Positionspapier vom Queeren Netzwerk Heidelberg zum Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt am 14. März 2023

Heidelberg ist eine Stadt, die durch Vielfalt geprägt wird - sei es durch die soziale Vielfalt der Bewohner*innen, die Vielfalt an Kunst und Kultur, eine innovative Bildungs- und Forschungslandschaft, aber auch durch die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ihrer Bevölkerung. Um dies zu unterstreichen, ist Heidelberg 2020 Mitglied des Rainbow Cities Networks geworden - eines Netzwerks, dessen Mitgliedschaft dazu verpflichtet, sich als Stadt für gleiche Rechte von LSBTIQ+ Personen einzusetzen.

Dazu konnte bereits Vieles umgesetzt werden: So wurde gezielt eine Beratungs- und Bildungsstelle von PLUS Rhein-Neckar e.V. in Heidelberg aufgebaut, das Jugendangebot Queer Youth weiterentwickelt sowie das Queer Festival Heidelberg durch die Stadt gefördert. Durch die Fördermittel der Rainbow City Heidelberg können zahlreiche ehrenamtlich getragene LSBTIQ+ Projekte und Initiativen Unterstützung finden. Hierfür wurde beim Amt für Chancengleichheit die Koordinationsstelle LSBTIQ+ eingerichtet. Gemeinsam mit Bürgermeisterin Stefanie Jansen setzt sich das Amt für Chancengleichheit mit dem Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aktiv für die LSBTIQ+ Community ein.

Trotz dieser positiven und wichtigen Entwicklungen ist Heidelberg noch immer kein sicherer Ort für LSBTIQ+ Personen. Angriffe, Provokationen bei öffentlichen Kundgebungen und Informationsveranstaltungen, Sachbeschädigungen und rechtsextremen Hassbotschaften im öffentlichen Raum und die alltägliche Diskriminierung von LSBTIQ+ Personen sind nur einige Beispiele dafür. Gerade wenn es um die Sicherheit von LSBTIQ+ Personen in Heidelberg geht, braucht es umfassende Maßnahmen und Kooperationen.

Darum haben wir als Queeres Netzwerk Heidelberg zur Sitzung des Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt mit dem Polizeipräsidium Mannheim am 14. März 2023 dieses Forderungspapier zusammengestellt, um Bedarfe aufzuzeigen sowie effektive Maßnahmen für eine zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen LSBTIQ+ Community, Polizei und Stadtverwaltung vorzuschlagen.

Mit unserem Forderungspapier möchten wir erreichen, dass Gewalttaten gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ+) keinen Platz in Heidelberg haben und LSBTIQ+ ein sichtbarer und gleichberechtigter Teil der Stadtgesellschaft sind.

1. Maßnahme:

Effektiver Kampf gegen queerfeindliche Hassgewalt durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polizeipräsidium Mannheim und der LSBTIQ+ Community.

Umsetzung:

Zahlreiche Studien belegen, dass viele Straftaten mit queerfeindlichem Hintergrund nicht zur Anzeige gebracht werden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig¹. Aber nur wenn die Straftaten den Verfolgungsbehörden bekannt werden, kann auch ermittelt und den Opfern zu Gerechtigkeit verholfen werden. Um Vertrauen zu schaffen und zu verdeutlichen, dass jegliche Form queerfeindlicher Hasskriminalität konsequent verfolgt wird, intensiviert das **Polizeipräsidium Mannheim** die Zusammenarbeit mit der LSBTIQ+ Community, der Fachstelle PLUS e.V. und der Koordinationsstelle LSBTIQ+ des Amts für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg. Bausteine hierfür sind:

- a) **Kontakt zu den Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) des Polizeipräsidiums Mannheim:** Um das Vertrauen in die Polizei zu stärken, werden die Kontaktmöglichkeiten der LSBTIQ+ Community zu den Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei ausgebaut. Mindestens einmal im Jahr kooperieren die AgL bei einer Community-Informationsveranstaltung zur Prävention von Queerfeindlichkeit (siehe Maßnahme 2.c).
- b) **Aufklärungskampagne:** Täter*innen verlassen sich darauf, dass sich Opfer nicht gegen LSBTIQ+ Feindlichkeit zur Wehr setzen, andere Menschen wegsehen und keine Anzeige erstattet wird. Deshalb startet das Polizeipräsidium Mannheim in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Kriminalprävention der Stadt Heidelberg, dem Amt für Chancengleichheit und dem Queeren Netzwerk eine Aufklärungskampagne zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft und Steigerung der Zivilcourage der Bevölkerung (siehe Maßnahme 2.b)
- c) **Kompetenzentwicklung des Polizeipräsidiums Mannheim im Themenfeld queerfeindliche Hassgewalt:** Das Polizeipräsidium Mannheim arbeitet darauf hin, dass alle Mitarbeitenden des Polizeipräsidiums sich sicher und kompetent im Umgang mit den Bedarfen von LSBTIQ+ Menschen fühlen und Missverständnisse abgebaut werden. Das Erkennen von queerfeindlichen Tatmotiven wird durch entsprechende Schulungen sichergestellt und Hassgewalt so genauer erfasst. Hierbei kooperiert das Polizeipräsidium Mannheim mit der Fachstelle PLUS e.V. (siehe 2a) und der Koordinationsstelle LSBTIQ+ der Stadt Heidelberg.
- d) **Schutzkonzepte für LSBTIQ+ Veranstaltungen und Demonstrationen:** Queere Vereine und Initiativen können sich bei Fragen zur Sicherheit ihrer Veranstaltungen an Ansprechpartner*innen der Polizei wenden. Gemeinsam können Schutzvorkehrungen getroffen werden, die dem Format angemessen sind. Insbesondere Demonstrationen für die gleichen Rechte von LSBTIQ+ oder stadtweit sichtbare Veranstaltungen stehen hier im Fokus.
- e) **Regelmäßiger Austausch mit dem Queeren Netzwerk Heidelberg am Runden Tisch geschlechtliche und sexuelle Vielfalt der Stadt Heidelberg:** In einem regelmäßigen, jährlichen Austausch am Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Stadt Heidelberg zwischen LSBTIQ+ Community, Heidelberger Stadtverwaltung und der Polizei unter Anwesenheit des Polizeipräsidenten soll auf Basis der Heidelberger Sicherheitsbefragung (siehe 3b), dem Monitoring von PLUS e.V. (siehe 2b) und den Erfahrungen der Community die Sicherheit von LSBTIQ+ diskutiert und entsprechende Handlungsfelder und Maßnahmen definiert werden. Dies kann auch gerne auf die Region

¹ Siehe PLUS e.V. Rhein-Neckar: „Sicher Out“, „Geschützt vor Diskriminierung und Gewalt in der Region Rhein-Neckar? Dokumentation zur Kurzbefragung 2018“, 2018, Rhein-Neckar Region, https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-172696825/heidelberg/Objektdatenbank/16/PDF/Diskriminierung/SICHER-OUT_Dokumentation_Web.pdf (Abgerufen 13.03.2023).

geweitet in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Stadt Mannheim stattfinden.

2. Maßnahme:

Ausbau des Beratungs- und Bildungsangebots von PLUS e.V. in Heidelberg um eine Fachstelle zur Prävention von und Intervention bei queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt.

Umsetzung:

Die **Stadt Heidelberg** stellt die finanziellen Mittel für den bedarfsgerechten Ausbau der Beratungs- und Bildungsangebote von PLUS e.V. zur Verfügung. Das **Amt für Chancengleichheit** begleitet den Aufbau der Beratungsstelle von Verwaltungsseite. Das **Polizeipräsidium Mannheim** und die **Kommunale Kriminalprävention** kooperieren mit PLUS e.V. in allen Tätigkeitsfeldern.

PLUS e.V. berät von Diskriminierung und Gewalt betroffene LSBTIQ+ Menschen und hat im Zuge des Aufbaus der Heidelberger Beratungsstelle ein Konzept entwickelt, um die primäre, sekundäre und tertiäre Gewaltprävention und Antidiskriminierungsarbeit in Heidelberg auszubauen. Zentrale Bausteine hierfür sind:

- a) **Einrichtung einer Interventionsstelle** zur Unterstützung von Menschen, die queerfeindliche Diskriminierung und Gewalt erfahren, ebenso von Zeug*innen und Angehörigen. Viele LSBTIQ+ Menschen meiden nicht community-basierte Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie den Gang zur Polizei, z.B. aus Angst vor weiterer Diskriminierung und Viktimisierung, dem Outing oder dem Offenlegen ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität. Basierend auf Erfolgsmodellen in anderen Kommunen sowie der langjährigen Erfahrung von PLUS e.V., bietet die Interventionsstelle psychosoziale Beratung und Fallbegleitung. Hierzu arbeitet sie mit der Polizei und weiteren Einrichtungen des Heidelberger Hilfesystems zusammen.
- b) **Erfassung und Monitoring** von Queerfeindlichkeit: Viele LSBTIQ+ Personen wenden sich nach queerfeindlichen Angriffen nicht an die Polizei. PLUS e.V. erfasst die Vorfälle und unterstützt Betroffene beim Gang zur Polizei, damit queerfeindliche Straftaten als solche genauer registriert werden. Durch regelmäßige, an die Befragung „Sicher Out“ angelehnte Community-Befragungen wird gleichzeitig kontrolliert, ob sich das Dunkelfeld queerfeindlicher Gewalt in Heidelberg erhellt und sich das Meldeverhalten der Community verändert. Dabei soll es auch ähnliche Kampagnen, wie „Ich zeige das an“² von der Community-Beratungsstelle Rubicon in Köln, oder digitale Fall-Meldemöglichkeiten, wie dem Anti-Gewalt-Projekt Maneo in Berlin, geben. Hierbei ist die gute Zusammenarbeit mit der Polizei unerlässlich.
- c) **Gewaltprävention und Vernetzung**: PLUS e.V. entwickelt **gemeinsam** mit dem **Polizeipräsidium Mannheim** ein Präventions- und Aufklärungskonzept, garantiert die Kompetenzentwicklung im Themenfeld durch regelmäßige Qualifikationsangebote und führt Informationsveranstaltungen für die LSBTIQ+ Community im Themenfeld unter Mitwirkung der **Ansprechpersonen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen** des

²Rubicon: „Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans* in NRW“, <https://www.ich-zeige-das-an.de/>, (Abgerufen 13.03.2023).

Polizeipräsidiums Mannheim durch, um über Queerfeindlichkeit und Hassgewalt zu informieren.

- d) **Empowerment** durch Angebote wie Rhetoriktrainings für LSBTIQ+ Personen für den Umgang mit queerfeindlichen Aussagen und LSBTIQ+ sensible Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstrainings für den Umgang mit queerfeindlicher Gewalt (z.B. WEN-DO Trainings)

3. Maßnahme:

Inklusion des Themenfeldes Hassgewalt gegen LSBTIQ+ in die Kriminal- und Gewaltpräventionsstrategien der Stadt Heidelberg.

Umsetzung:

Das **Bürger- und Ordnungsamt** und das **Amt für Chancengleichheit** stellen sicher, dass Hassgewalt gegen LSBTIQ+ in allen Handlungsfeldern der Kommunalen Kriminalpräventionen wie des Gewaltschutzes mitgedacht wird.

- a) **Prävention von anti-feministischer und queerfeindlicher Radikalisierung:** Aktuelle Entwicklungen wie neue Formen von anti-feministischer und queerfeindlicher Radikalisierung und politisch wie religiös motiviertem, anti-feministischem und queerfeindlichem Extremismus, wie sie zahlreiche Fachstellen in Deutschland beobachten, werden in ihrer demokratiegefährdenden Dimension ernst genommen und entsprechende Angebote ausgebaut.
- b) **Berücksichtigung von LSBTIQ+ Lebenswirklichkeiten in der städtischen Sicherheitsbefragung:** Ähnlich wie in Mannheim soll die Heidelberger Sicherheitsbefragung gezielt die Sicherheitsbedarfe von LSBTIQ+ abfragen. Hierzu ist die Koordinationsstelle LSBTIQ+ der Stadt Heidelberg und PLUS e.V. frühzeitig in den Entwicklungsprozess der Fragen einzubeziehen.
- c) **Schulungen** von Mitarbeitenden des **Kommunalen Ordnungsdiensts** zum Umgang mit queerfeindlichen Beleidigungen und Gewalt im öffentlichen Raum.

4. Maßnahme:

Ausbau der Koordinationsstelle LSBTIQ+ und Stärkung der Diversitätskompetenz in der Heidelberger Stadtverwaltung.

Umsetzung:

Die **Stadt Heidelberg** stellt die finanziellen Mittel für den Ausbau der Koordinationsstelle LSBTIQ+ zur Verfügung. Das **Amt für Chancengleichheit** richtet eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit von LSBTIQ+ ein, um institutionelle Hürden abzubauen und die Diversitätssensibilität der Stadtverwaltung zu befördern. Kooperation aller Fachämter der Heidelberger Stadtverwaltung.

Bausteine der Umsetzung sind hierfür a) Schulungen aller Mitarbeitenden der Heidelberger Stadtverwaltung, b) diskriminierungssensibler Umgang bei Themen wie der Personenstandsänderung c) geschlechtsumfassende Sprachwahl in der städtischen Kommunikation und d) Schaffung von Ansprechpersonen in allen Ämtern der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem **Queeren Mitarbeitendennetzwerk** der **Heidelberger**

Stadtverwaltung, um in LSBTIQ+ spezifischen Belangen zu beraten, aber auch bei Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Abteilung ansprechbar zu sein.

Details der Maßnahme und ihrer Umsetzung sollen in den nächsten Sitzungen des Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufgegriffen werden.

5. Maßnahme:

Schaffung von Sichtbarkeit von LSBTIQ+ und Ausbau von queeren Community-Räumen sowie Empowerment-Strukturen.

Umsetzung:

Die **Stadt Heidelberg** stellt die finanziellen Mittel für den Ausbau von Community- und Empowerment-Räumen zur Verfügung. Das **Amt für Chancengleichheit** begleitet den Ausbau der Strukturen von Verwaltungsseite. Weitere Ämter der Stadtverwaltung kooperieren in ihren entsprechenden Zuständigkeiten. Bausteine hierfür sind:

- a) **Förderung queerer Safer Spaces:** Safer Spaces sind diskriminierungsarme Räume, in denen sich LSBTIQ+ Personen treffen, kennenlernen und entfalten können, ohne Diskriminierung oder Gewalt zu erfahren. Solche Räume sind in Heidelberg kaum *dauerhaft* vorhanden. Deswegen fordern wir, dass die Gründung und Erhaltung von LSBTIQ+ Safer Spaces durch die Stadt Heidelberg (finanziell) gefördert und begleitet werden. Als ersten Schritt fordern wir die Ermöglichung die Schaffung eines LSBTIQ+ Begegnungsorts durch **Queer Space Heidelberg e.V.** im Rahmen des Nachnutzungskonzepts des „alten Karlstorbahnhofs“.
- b) **Sichtbarkeit von LSBTIQ+ in der Stadt:** die Stadt Heidelberg stellt dem Amt für Chancengleichheit **höhere Fördermittel** im Bereich der „**Rainbow City Heidelberg**“ zur Verfügung, um Veranstaltungen der LSBTIQ+ Community zu ermöglichen und Strukturen zu professionalisieren. Auf Grund der anwachsenden Queerfeindlichkeit müssten dabei insbesondere Ressourcen für Veranstalter*innen geschaffen werden, um **Sicherheits- und Awarenessskonzepte** zu entwickeln, die der veränderten Sicherheitslage Rechnung tragen. Die Stadt Heidelberg setzt ihre Pressearbeit zu LSBTIQ+ Themen fort, hisst Flaggen an Gedenk- und Feiertagen und ermöglicht die Sichtbarkeit von LSBTIQ+ Veranstaltungen im öffentlichen Raum.
- c) **Empowerment von LSBTIQ* Jugendlichen als besonders vulnerabler Gruppe:** LSBTIQ+ Jugendliche sind in ihren Lebensbereichen besonders betroffenen von queerfeindlichen Übergriffen, Ausgrenzung und fehlenden Ansprechpersonen. Sie brauchen darum niedrigschwellige Anlaufstellen und Begegnungsorte sowie die Sensibilisierung und Qualifizierung von Ansprechpersonen im Lebensraum Schule und Freizeit. Um allen Kindern und Jugendlichen einen sicheren und guten Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vermitteln zu können, braucht es zusätzlich Aufklärungsprojekte in Schulen, Jugendhäusern und Vereinen. Wir fordern darum die Förderung der Fachstelle **Rainbow City Kids Heidelberg** von **Queer Youth / Internationalen Bund e.V.** und den Ausbau der Aufklärungs- und Beratungsarbeit von PLUS e.V.

Details der Maßnahme und ihrer Umsetzung sollen in den nächsten Sitzungen des Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufgegriffen werden.